



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 667 Postulat Candan Hasan und Mit. über die Gewährleistung der Integrität besonders schutzbedürftiger geflüchteter Menschen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Die Situation für die vulnerablen Personen ist gefährlich. Der Regierungsrat spielt das Ganze herunter und nimmt die Situation zu wenig ernst. Die Gesuchszahlen sind zwar zurückgegangen, und man könnte meinen, dass es weniger Platz braucht. Dabei besteht aber die Gefahr, diesen Personen nicht mehr gerecht zu werden. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat eine Studie in Auftrag gegeben, woraus Empfehlungen entstanden sind. Ein wichtiger Punkt dabei ist, die Zentralisierung der Unterbringung zu fördern. Zudem sollen räumliche Angebote für Schutz, Rückzug und Sozialleben gefördert werden. Weiter sollen die Ressourcen zur Sicherstellung der sozialpädagogischen Betreuung angepasst werden. Werden nun aber Familien und unbegleitete minderjährige Asylsuchende (Mineurs non accompagnés, MNA) zusammen untergebracht, können diese Empfehlungen weniger gewährleistet werden. Genau eine solche Zusammenlegung plant aber der Kanton Luzern, um Ressourcen sparen zu können. Von Direktbetroffenen habe ich Informationen erhalten, dass zu wenig sozialpädagogische Fachpersonen zur Verfügung stünden. Vor zwei Wochen habe ich an einem Fest in der Küche geholfen und habe dort einen MNA getroffen. Auf meine Nachfrage, wie er überhaupt auf dieses Fest gekommen sei, hat er erklärt, das sei über eine Kollegin geschehen. In der Unterkunft selber werde nichts in diese Richtung unternommen. In diesem Bereich braucht es aber mehr professionelle Betreuung und nicht einfach nur freiwillige Personen, die sich engagieren. Der Kanton will aber keine zusätzlichen Ressourcen einsetzen; das finde ich nicht in Ordnung, vor allem weil der Gesundheits- und Sozialdirektor pro Person 12 000 Franken mehr Integrationspauschale als bisher erhält. Es ist also nicht angebracht, beim Raumprogramm und der Betreuung Kürzungen vorzunehmen, obwohl mehr Mittel zur Verfügung stehen. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Helen Schurtenberger: Zurzeit ist die Flüchtlingswelle etwas abgeflaut. Wir wissen aber, dass noch viele Menschen warten, um in den Norden Richtung Schweiz und Deutschland zu gelangen. Darunter sind auch besonders schutzbedürftige Menschen. Was sind besonders schutzbedürftige Menschen? Es sind Frauen und Kinder, unbegleitete minderjährige Asylsuchende sowie Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung. Während der grossen Flüchtlingsströme hat der Kanton Zentren geschaffen, in denen Frauen und Kinder separat untergebracht wurden. Sie erhielten in diesen Zentren eine sehr gute Betreuung und Unterstützung. Für MNA wurde im Grosshof ein Zentrum errichtet. Die Betreuung wurde durch ausgebildetes Personal gewährleistet. Die MNA müssen aber lernen, sich an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen, was manchmal zu Schwierigkeiten geführt

hat. Diese Probleme wurden aber durch die Betreuungspersonen und die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) immer sehr gut gelöst. Für die MNA wurden auch Pflegefamilienplätze organisiert. Das ist eigentlich die bestmögliche Lösung; sie werden so in Familien integriert und lernen das Leben vor Ort am besten kennen. Wie die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt, hat der Kanton seine Aufgaben eigentlich wahrgenommen. Klar, ein Wunschkonzert ist oft nicht möglich, das sehen wir auf Gemeindeebene genauso. Auf Gemeindeebene nehmen sich aber sehr viele Freiwillige dieser Personen an. Zurzeit werden Zentren geschlossen, was sinnvoll ist, denn es können keine Betriebe aufrechterhalten werden, die nicht benötigt werden. Sollte sich eine weitere Flüchtlingswelle abzeichnen, könnte der Betrieb relativ rasch wieder aufgenommen werden. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Jasmin Ursprung: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Stellungnahme der Regierung hält fest, dass die Forderungen in der Praxis bereits seit knapp drei Jahren umgesetzt sind. Die Ablehnung wegen Erfüllung ist deshalb richtig. Weitere Ausführungen erübrigen sich.

Claudia Huser Barmettler: Der GLP-Fraktion ist es wichtig, dass hier verhältnismässig und menschlich gearbeitet wird. Gemäss unseren Abklärungen ist das so. Daher lehnen wir das Postulat ab.

Ferdinand Zehnder: Das Postulat wurde in einem Zeitraum eingereicht, als die Asylpraxis und die Handhabung praktisch neu organisiert wurden. Mit der Eröffnung des Durchgangszentrums Grosshof konnte auf die verschiedenen Umstände eingewirkt werden. Laut Stellungnahme der Regierung wird diese Praxis seit geraumer Zeit gehandhabt. Ich bin froh, dass hier mit Augenmass und Vernunft vorgegangen wird. Bei der Sicherheit dürfen keine Kompromisse eingegangen werden. Natürlich gibt es immer Möglichkeiten zur Verbesserung. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat infolge Erfüllung ab.

Christina Reusser: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Erheblicherklärung zu. Ich bin beruflich zu oft mit diesem Thema konfrontiert und teile daher die bisher gemachten Einschätzungen nicht. Das Bewusstsein ist zwar vorhanden, aber bei der Umsetzung hapert es oft noch. Ich habe vor Jahren ein Postulat mit der Forderung eingereicht, dass nicht mehr von den sogenannten unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA), sondern von MNA die Rede ist – weil es sich um einen umfassenderen Begriff handelt –, und dass die von der DFA geführten Beistandschaften geregelt werden. Nun war verschiedentlich zu hören, dass die Betreuung und Begleitung ungenügend wahrgenommen werden. Das Bewusstsein allein reicht nicht aus, sondern es braucht Sensibilisierung, Schulung und nach wie vor mehr Personal, um die notwendigen Schutzmassnahmen in diesem Bereich umsetzen zu können.

Daniel Rüttimann: Als Kommunalpolitiker unterstütze ich das Votum von Ferdinand Zehnder. Im Bereich der Wohnbegleitung und der Sozialberatung wird gut gearbeitet, aber es hat noch Luft nach oben. In diesem Bereich braucht es noch Unterstützung, denn schlussendlich profitieren auch die Gemeinden und die Bevölkerung davon.

Monique Frey: Ich bin froh über das Votum der CVP. Zurzeit sind sehr gute Personen mit der Betreuung von MNA beauftragt. Nachdem ich die Kolumne von Regierungsrat Guido Graf im „Tages-Anzeiger“ gelesen habe, möchte ich darauf hinweisen, dass es vor allem auch beim Regierungsrat eine andere Haltung in der Flüchtlingsproblematik braucht. Der Gesundheits- und Sozialdirektor erwähnt in seinem Schlusssatz, dass wir im Rahmen des Klimawandels, der die Hälfte von Afrika unbewohnbar macht, von einer Flüchtlingswelle überrollt werden und statt im Bereich Klimawandel Massnahmen zu ergreifen, Massnahmen ergriffen werden müssen, um diese Flüchtlinge abzuwehren. Eine solche Argumentation ist nicht menschenwürdig, und so etwas möchte ich von einem Regierungsrat nicht mehr hören. Ich hoffe sehr, dass sich der Regierungsrat in Zukunft für eine Änderung im Bereich des Klimawandels einsetzt und nicht nur dafür, wie die Flüchtlingsströme an unserer Grenze abgewehrt werden können. Es geht darum, die Ursachen zu bekämpfen und nicht un menschlich zu handeln.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz oder Europas ist alles andere als gut. Es ist nicht menschlich, was wir tun. Es gibt Gesuche, die seit über drei Jahren in Bearbeitung sind und nicht bewilligt wurden. Diese Menschen warten auf einen Entscheid, zu Hause würde es ihnen nach der Rückführung viel besser gehen. Wir würden besser vor Ort investieren. Ich bitte Monique Frey, wenn sie schon einzelne Sätze von mir zitiert, diese nicht aus dem Zusammenhang zu reissen. Ich stehe aber zu dieser Meinung, das ist meine persönliche Meinung. Das Votum von Hasan Candan hat mich überrascht, er unterstellt mir etwas – das akzeptiere ich nicht. Wenn Sie von einem Fall Kenntnis haben, bitte ich Sie, mir persönlich davon zu berichten, damit ich dem selber nachgehen kann. Ich kenne Hasan Candan und weiss daher, dass ihm das Thema wirklich sehr wichtig ist und es ihm nicht darum geht, Wahlkampf zu betreiben. Die Gewährleistung der Integrität der besonders schutzbedürftigen Menschen – das sind Kinder, Schwule, Lesben und Personen mit psychischer oder körperlicher Beeinträchtigung – nehmen wir sehr ernst. Ich musste jetzt bereits zwei- oder dreimal einen Nachtragskredit für die DAF beantragen. Wenn Sie mir vorwerfen, ich spare dort beim Personal, ist das nicht korrekt. Sie erzählen hier, dass ich 12 000 Franken mehr als früher erhalte. Erstens erhalte nicht ich dieses Geld, sondern der Kanton. Das Geld reicht aber immer noch nicht, weil der Bund seine Aufgaben nicht übernimmt und diese an die Kantone und die Gemeinden delegiert. Sie haben auch Vertreter in Bern, motivieren Sie diese bitte dazu, dieses Problem vorzubringen. In Bern gab es eine Bundesrätin, die in diesem Gebiet zu wenig gehandelt hat. Die Leidtragenden sind schlussendlich die asylsuchenden Menschen. Ich akzeptiere die gemachten Vorwürfe also nicht; ich kann Ihnen mit gutem Gewissen sagen, dass wir die Integrität besonders schutzbedürftiger geflüchteter Menschen sehr ernst nehmen. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 75 zu 30 Stimmen ab.